

Kurs finden zwischen globaler Verantwortung und nationalen Interessen

14.8.2026 - Frauke Böhner | Welthungerhilfe

Der Leitgedanke des diesjährigen Kompass 2026 über die Entwicklungspolitik der Bundesregierung ist Beschreibung und Appell zugleich.

ENGLISH VERSION

Die Bundesregierung zeigt Reformwillen in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Das ist angesichts geopolitischer Spannungen, wirtschaftlicher Unsicherheit und knapper öffentlicher Kassen richtig und notwendig. Entscheidend wird aber sein, ob die angestoßenen Reformen internationale Zusammenarbeit tatsächlich wirksamer, gerechter und zukunftsfähiger machen – oder ob unter dem Deckmantel der Reformen entwicklungspolitische Zielsetzungen und humanitäre Prinzipien schrittweise zurückgedrängt werden.

Genau darum geht es im Kompass 2026 zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe, den Welthungerhilfe und Terre des Hommes seit über drei Jahrzehnten herausgeben. Sein Leitgedanke – Kurs finden zwischen globaler Verantwortung und nationalen Interessen – ist Beschreibung und Appell zugleich. Denn die politischen Entscheidungen, die heute über Reformen, Prioritäten und Finanzierung getroffen werden, prägen den Handlungsspielraum deutscher Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe auf Jahre hinaus.

Krisen wie zuletzt die Covid-19 Krise oder die Folgen der als völkerrechtswidrig eingestuften Angriffe Russlands auf die Ukraine und der USA und Israels auf Iran, zeigen wie hoch das Ambitionsniveau dieser Reformen sein muss. Die Entwicklungen rund um den Konflikt am Persischen Golf führen exemplarisch vor Augen, wie eng globale Ernährungssicherheit mit geopolitischen Entwicklungen verknüpft ist. Internationale Systeme sind nicht krisenresistent: Geopolitische Eskalationen, fragile Lieferketten, Energiepreise, Ernährungssicherheit und humanitäre Bedarfe greifen eng ineinander.

BMZ: Reformwille ist da, aber strategische Klarheit fehlt

Der Reformwille des Entwicklungsministeriums (BMZ) ist ausdrücklich zu begrüßen. Positiv ist, dass der Reformplan „Zukunft zusammen global gestalten“ die Bekämpfung von Hunger, Armut und Ungleichheit als zentrales Ziel bekräftigt und auch die Unterstützung der ökonomisch schwächsten Länder (LDCs) weiter hoch gewichtet.

Zugleich bleibt der Reformprozess bislang jedoch strategisch zu unklar. Es fehlt ein verbindliches Leitbild, das die verschiedenen Ziele der Reform schlüssig zusammenführt. Offen bleibt, wie die benannten Prioritäten konkret zusammenwirken sollen, nach welchen Indikatoren Fortschritt gemessen wird und welche Finanzierungsziele die Reform tragen. Der Reformplan stärkt damit zwar bestehende Ansätze, markiert bislang aber noch keine wirkliche Neuausrichtung.

Besonders deutlich wird das beim Thema Ernährungssicherheit. Zwar nennt der Reformplan wichtige Handlungsfelder wie Schulverpflegung, Wasser, lokale Wertschöpfung und multilaterale Kooperationen. Was jedoch weitgehend fehlt, ist ein systemischer Ansatz, der Agrar- und Ernährungssysteme, Klima, Gesundheit, Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und Governance zusammendenkt. Gerade vor dem Hintergrund geopolitischer Schocks reicht ein enges Verständnis

von Ernährungssicherung nicht aus.

Partnerschaft auf Augenhöhe darf keine Rhetorik bleiben

Ein zentrales Defizit des Reformplans betrifft die Beteiligung. Partnerländer und zivilgesellschaftliche Akteure - insbesondere aus dem sogenannten Globalen Süden - waren im bisherigen Reformprozess nicht ausreichend eingebunden. Es gab zwar punktuelle Konsultationen, aber keinen strukturierten, transparenten und kontinuierlichen Beteiligungsprozess. Reformen dieser Tragweite können jedoch nur dann glaubwürdig sein, wenn unmittelbar Betroffene nicht nur angehört, sondern an strategischen Entscheidungen beteiligt werden. Nur ein solch inklusiver Prozess kann zu einer Reform beitragen, die auf Ziele wie die Überwindung von Hunger, Armut und Ungleichheit ausgerichtet ist.

Die angekündigte Süd-Nord-Kommission ist deshalb mehr als ein Begleitformat. Sie kann zum Testfall dafür werden, ob die Bundesregierung es mit Partnerschaft auf Augenhöhe ernst meint. Dafür muss sie echte Mitgestaltung ermöglichen - im Agenda-Setting ebenso wie in der Umsetzung - und Partnerländer, Zivilgesellschaft und andere nichtstaatliche Akteure systematisch und gleichberechtigt einbinden. Nur dann kann sie über längst überholte Geber-Nehmer-Logiken hinausweisen und zu einem glaubwürdigen Ort gemeinsamer Verantwortung werden.

Wirtschaftspartnerschaften: Potenziale nutzen, Zielkonflikte ehrlich steuern

Die stärkere Einbindung der Privatwirtschaft kann ein sinnvoller Bestandteil von Entwicklungspolitik sein. Viele Partnerländer wollen sich selbst von klassischer Projektförderung lösen und fordern mehr wirtschaftliche Kooperation. Wirtschaftskooperationen können zusätzliches Kapital mobilisieren, Innovation fördern, lokale Wertschöpfung ausbauen und Beschäftigungsperspektiven schaffen. Gerade unter Bedingungen knapper öffentlicher Mittel ist es richtig, dieses Potenzial ernst zu nehmen.

Entscheidend ist jedoch, dass der Wirtschaftsfokus nicht zum Selbstzweck wird. Der entwicklungspolitische Mehrwert wirtschaftlicher Kooperationen bemisst sich nicht daran, wie viele Investitionen mobilisiert werden, sondern daran, welche Wirkung sie für die Menschen vor Ort entfalten - etwa mit Blick auf Armutsminderung, Ernährungssicherheit und faire Beschäftigung.

Damit rücken die Zielkonflikte in den Mittelpunkt. Unternehmen sind auf Planungssicherheit, Skalierbarkeit und wirtschaftliche Tragfähigkeit angewiesen. Entwicklungszusammenarbeit muss hingegen dem Anspruch verpflichtet bleiben, niemanden zurückzulassen und soziale Standards einzuhalten. Dieses Spannungsfeld lässt sich nicht auflösen, indem man sie ausblendet; sie muss politisch gestaltet werden.

Gerade in den ökonomisch schwächsten Ländern bleiben private Investitionen zudem oft begrenzt. Deshalb können Wirtschaftskooperationen öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzen, aber nicht ersetzen. Öffentliche Mittel bleiben unverzichtbar, um förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen und einen Beitrag zu sozialen Basisleistungen zu leisten.

Nachhaltige Entwicklung entsteht vor Ort. Deshalb müssen lokale Wirtschaftsakteure, Genossenschaften, junge Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen systematisch bei geplanten Kooperationen einbezogen werden. Das gilt auch für Länder- und Regierungsverhandlungen: Wenn künftig Unternehmen stärker einbezogen werden, darf die Zivilgesellschaft nicht außen vor bleiben. Eine breitere Beteiligung erhöht nicht nur Legitimität und

Entwicklungswirkung, sondern kann auch dazu beitragen, Risiken wirtschaftlicher Kooperationen frühzeitig zu erkennen und zu begrenzen und Chancen besser zu nutzen.

Humanitäre Hilfe: Aus Rückschritt muss wieder Fortschritt werden

Die internationale humanitäre Hilfe durchläuft eine tiefgreifende Krise. Während große und langanhaltende Krisen die Zahl der Menschen in Not weiter steigen lassen, brechen die verfügbaren Mittel massiv ein. Weltweit sind inzwischen über 300 Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen, während nicht einmal die Hälfte der benötigten Mittel bereitgestellt wird. Dadurch konzentriert sich Hilfe zunehmend auf akute Lebensrettung, während präventive, Resilienz stärkende und stabilisierende Maßnahmen zurückgedrängt werden - obwohl gerade sie dazu beitragen könnten, Krisen langfristig einzudämmen.

Noch immer bilden Kriege und Konflikte die wichtigsten Treiber für humanitäre Krisen. Ihre Zahl und Intensität hat sich seit 2010 mehr als verdoppelt und liegt heute auf dem höchsten Stand seit 1946. Große und langanhaltende Krisen wie in Gaza, Sudan oder der Ukraine lassen die humanitären Bedarfe massiv steigen. Unzureichende Finanzierung, mangelnde politische Unterstützung und die zunehmende Missachtung humanitären Völkerrechts durch Staaten erschweren nicht nur die Reaktion auf Krisen, sondern tragen selbst dazu bei, dass humanitäre Notlagen länger andauern. Die wachsende Diskrepanz zwischen steigenden Bedarfen und unzureichender politischer Unterstützung schwächt die Handlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und den universellen Anspruch humanitärer Hilfe immens. So müssen viele Menschen Not leiden, denen eigentlich geholfen werden könnte.

Gerade in Konflikten wie Gaza zeigt sich, wie selektiv Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht international behandelt werden. Auch die Bundesregierung hat hier nur begrenzt öffentlichen Druck ausgeübt. Ebenso blieb der Einsatz humanitärer Diplomatie zur Sicherstellung humanitären Zugangs und zum Schutz der Zivilbevölkerung hinter den Erwartungen zurück. Das schwächt die Glaubwürdigkeit westlicher Geberstaaten und das Primat der humanitären Prinzipien.

Auch der institutionelle Umbau des für humanitäre Hilfe zuständigen Auswärtigem Amts ist ambivalent zu betrachten. Zwar könnte die Auflösung der bisher für humanitäre Hilfe zuständigen Abteilung "S" und ihre Integration in teils neu zugeschnittene Regionalabteilungen oder die neue Abteilung „Globale Ordnung“ zu einer besseren Verzahnung von humanitärer Hilfe und multilateraler Politik führen. Auch strategische Themen wie Lokalisierung, Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation und vorausschauende humanitäre Hilfe könnten gestärkt werden. Doch drohen ein Verlust von Expertise und Kohärenz sowie ein Bedeutungsverlust humanitärer Hilfe, wenn sie sich stärker anderen Zielen (Sicherheit, -außenpolitischen Interessen, Wirtschaftsförderung) unterordnen muss.

Gleichzeitig hat Deutschland seine Mittel für humanitäre Hilfe deutlich gekürzt: 2026 stehen dafür nur noch 1,05 Milliarden Euro zur Verfügung - der niedrigste Stand seit 2016. Auch der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 sieht bislang keine Erhöhung vor. Dabei trug Deutschland zwischen 2014 und 2024 durchschnittlich rund zehn Prozent zur Deckung des globalen humanitären Bedarfs bei. Um 2026 wieder einen vergleichbaren Beitrag zu leisten, wären nach Berechnungen von VENRO rund 2,8 Mrd. Euro erforderlich. Die Mittel sollten daher wieder auf dieses Niveau angehoben werden. Gemessen am Bundeshaushalt wäre dies ein überschaubarer Betrag (lediglich 0,2 Prozent), zugleich aber ein wichtiges Signal internationaler Verlässlichkeit und ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung des geschwächten humanitären Systems.

Die Bundesregierung sollte sicherstellen, dass sich humanitäre Hilfe weiterhin konsequent an den Bedarfen orientiert und nicht sicherheits-, außen- oder wirtschaftspolitischen Interessen untergeordnet wird. Humanitäre Prinzipien sind kein Zusatz, sondern die eigentliche Legitimationsgrundlage humanitärer Hilfe. Zugleich liegt humanitäre Hilfe auch im deutschen Interesse: Sie lindert Krisen, fördert Stabilität und stärkt Deutschlands Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Einfluss in multilateralen Prozessen.

Auch internationale Reformprozesse sind dringend notwendig, laufen aber teils in die falsche Richtung. Der "Humanitarian Reset" verfolgt zwar berechtigte Ziele wie mehr Effizienz, Flexibilität, Bürokratieabbau und eine stärkere Rolle lokaler Akteure. Problematisch ist jedoch insbesondere die Hyper-Priorisierung, weil dabei Bedarfe faktisch kleingerechnet und Hilfe auf extremste Notlagen verengt wird. Gleichzeitig bleibt die versprochene Stärkung lokaler Akteure bisher oft hinter den Erwartungen zurück. Ein zukunftsfähiges humanitäres System entsteht nicht dadurch, dass Mangel nur effizienter verwaltet wird, sondern dadurch, dass Macht, Mittel und Verantwortung gerechter verteilt werden.

Aus Rückschritt muss deshalb wieder Fortschritt werden. Das bedeutet erstens, lokale Akteure zu echten Entscheidungsträgern zu machen und nicht nur zu Umsetzern. Zweitens muss humanitäres Handeln stärker vorausschauend statt rein reaktiv organisiert werden. Drittens sollte der Humanitarian-Development-Peace-Nexus dort ausgebaut werden, wo er Resilienz nachhaltig stärkt. Und viertens müssen das humanitäre Völkerrecht und die humanitären Prinzipien politisch deutlich entschiedener verteidigt werden.

Entwicklungsfinanzierung neu denken

Die globale Entwicklungs- und humanitäre Finanzierung erlebt derzeit einen historischen Rückbau. Die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungsleistungen (ODA) sind so stark eingebrochen wie nie zuvor - um 23,1 Prozent allein in 2025. In dem Jahr haben zum ersten Mal die fünf größten Geberländer (USA, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Japan und Frankreich) ihre Mittel gleichzeitig gekürzt. Die Einschnitte treffen besonders die ärmsten Länder; ausgerechnet wo die Bedarfe besonders hoch und alternative Finanzierungsmöglichkeiten kaum verfügbar sind. Gerade dort dürfen Kürzungen am wenigsten durchschlagen.

Auch in Deutschland sank die ODA für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) um ein Drittel und damit stärker als im internationalen Vergleich. Deutschland entfernt sich damit immer weiter von dem Ziel, 0,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für LDCs bereitzustellen. Hinzu kommt, dass ein erheblicher Teil der deutschen ODA-Mittel im Inland verbleibt. 2024 überstiegen die Inlandsausgaben mit 9,6 Mrd. Euro sogar die bilateralen Zahlungen an Afrika mit 4,8 Mrd. Euro und an Asien mit 4,5 Mrd. Euro.

Besonders problematisch ist zudem, dass die Mittel für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung in Subsahara-Afrika in den vergangenen Jahren deutlich gesunken sind - von 1,169 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf 717 Mio. Euro im Jahr 2024. Wer einen substanziellen Beitrag zur Überwindung von Hunger, Armut und Ungleichheit leisten will, muss hier nachbessern.

Wichtig ist dabei auch, Mittel für Ernährungssicherung nicht geografisch zu verengen, so wie es der Reformplan des BMZ derzeit andeutet. Investitionen in Ernährungssysteme sind nicht nur in Afrika zentral für Stabilität, Resilienz und Friedensförderung; sondern ebenso in Krisenregionen des Nahen Ostens.

Der Finanzierungseinbruch sollte zugleich Anlass sein, Entwicklungsfinanzierung partnerschaftlicher zu denken -, das heißt mit gleichberechtigten Mitsprachemöglichkeiten für

Partnerländer und einer Governance, die inklusiver und rechenschaftspflichtiger ist.

Ein zentraler Reformansatz liegt dabei in einer stärkeren Orientierung an Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit. Bei der Vergabe von Mitteln sollte weniger vorab festgelegt werden, welche Art von Organisation (multilateral/bilateral, internationale oder nationale NGO, Privatsektor etc.) zum Zug kommt. Entscheidend sollte vielmehr sein, welcher Vorschlag mit Blick auf Zielerreichung, Wirksamkeit und Effizienz am überzeugendsten ist. Gleichzeitig braucht es bessere Instrumente, um lokale Organisationen direkt und langfristig zu unterstützen. Nur wenn Menschen, Partnerorganisationen und lokale Systeme nachhaltig gestärkt werden, bleiben positive Wirkungen auch nach Auslaufen der Finanzierung bestehen.

Reformen an Wirkung, Verantwortung und Glaubwürdigkeit messen

Somit macht der Kompass 2026 deutlich: Reformen sind notwendig. Aber sie sind nur dann ein Fortschritt, wenn sie internationale Zusammenarbeit wirksamer, gerechter und zukunftsfähiger machen. Die Bundesregierung sollte den Kurs für globale Verantwortung gerade jetzt konsequenter verfolgen. Sie muss beweisen, dass sie nationale Interessen und globale Verantwortung glaubwürdig miteinander verbinden kann - ohne Ernährungssicherung und humanitäre Prinzipien schrittweise anderen Interessen unterzuordnen.

<https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/kompass-2026-zwischen-verantwortung-und-eigeninteresse>